

Presseinformation

Banken-Arbeitgeber: Hoher Anpassungs- und Kostendruck erfordert maßvolle Lohnpolitik und mehr Flexibilität

- **Dr. Stephan Leithner: „Tarifparteien sind gefordert, den Wandel der Branche verantwortungsvoll mitzugestalten“**
- **Thomas Christian Buchbinder: „Vergütungsniveau bei den Banken ist weit überdurchschnittlich“**
- **Tragfähige Neuregelung der Samstagsarbeit angestrebt**
- **Erneute Verlängerung tariflicher Vorruhestandsansprüche vor dem Hintergrund der aktuellen Rentenpolitik nicht vertretbar**

Berlin, 30. April 2014. Vor dem Auftakt der Tarifrunde 2014 im privaten und öffentlichen Bankgewerbe am 5. Mai verweisen die Banken-Arbeitgeber auf die anhaltend schwierige Branchenlage. Die Banken in Deutschland stünden durch strukturelle Umbrüche und eine weiterhin ungünstige Marktlage unter erheblichem Anpassungs- und Kostendruck. Beide Aspekte hätten tarifpolitische Konsequenzen. „Unsere Institute stehen vor großen Herausforderungen, und wir als Tarifparteien sind gemeinsam gefordert, diesen Wandel verantwortungsvoll mitzugestalten – durch maßvolle Lohnpolitik und mehr Flexibilität“, sagt Dr. Stephan Leithner, Verhandlungsführer der Banken-Arbeitgeber.

Die Situation der privaten und öffentlichen Banken unterscheide sich deutlich von der Lage der Gesamtwirtschaft. Während die Konjunktur insgesamt wieder anziehe, hätten die Banken mit der anhaltenden Niedrigzinsphase, verschärftem Wettbewerb und steigendem Aufwand durch Regulierung zu kämpfen. Das Kreditgeschäft stagniere, das Privatkundengeschäft befinde sich inmitten eines massiven Umbruchs, der auch mit Filialschließungen und Personalabbau einhergehe. „Wir sind – anders als die Gesamtwirtschaft – nicht auf Erholungskurs. Deshalb ist unser Verteilungsspielraum erheblich eingeschränkt“, so Leithner. Für die Tarifgemeinschaft öffentlicher Banken betont deren Vorsitzender Thomas Christian Buchbinder: „Wir stehen unter massivem Kostendruck, vor allem durch die Flut an Regulierungsmaßnahmen. Zugleich profitieren unsere Erträge nicht von der verbesserten Konjunktur. In diesem Umfeld kann es nur darum gehen, die Gehaltsfrage branchenspezifisch zu lösen.“

Die Banken-Arbeitgeber betonen, vor diesem Hintergrund seien die Tarifparteien gefordert, sowohl die Kosten- als auch die Ertragsseite im Auge zu behalten. Die Forderung der Gewerkschaft Verdi – 100 Euro plus 3,5 Prozent – entspreche einer durchschnittlichen Entgeltsteigerung von 6,2 Prozent und liege damit sogar höher als in der vergangenen Tarifrunde, obwohl sich die Rahmenbedingungen für das Bankgewerbe seitdem noch verschärft hätten. Stephan Leithner: „Diese Forderung ist angesichts unseres hohen Personalkostenanteils deutlich zu hoch und wird der Realität in unserer Branche nicht gerecht.“

Zugleich sehen die Arbeitgeber beim Gehalt keinen Nachholbedarf. Thomas Christian Buchbinder: „Das Vergütungsniveau bei den Banken ist weit überdurchschnittlich, und seit dem Ausbruch der Finanz- und Staatsschuldenkrise hat es trotz schwieriger Branchenlage insgesamt keine Reallohnverluste gegeben.“ In den vergangenen beiden Jahren hätten die Tarifbeschäftigten sogar von Reallohnzuwächsen profitiert. Zudem bleibe die Inflation absehbar auf niedrigem Niveau.

Parallel muss es aus Sicht der Banken-Arbeitgeber gelingen, die Ertragskraft der Institute zu stärken, indem sie neue Formen der Kundenansprache etablieren und ihre Prozesse optimieren. Deshalb bräuchten die Banken mehr Flexibilität durch einen maßvoll erweiterten Spielraum bei der Samstagsarbeit. Dabei gehe es allein darum, zielgerichtet ausreichend Mitarbeiter an Samstagen einzusetzen, wo dies nötig und sinnvoll sei. Die Arbeitgeber seien deshalb bereit, über entsprechende Grenzen einer neuen Regelung zu sprechen.

Zugleich sei eine Verlängerung des Anspruchs auf Vorruhestand ab Alter 61 nicht mehr vertretbar. Die Beschäftigtenstruktur in den Instituten lasse eine branchenweite Klausel zum einseitigen Frühausstieg aus dem Erwerbsleben mit den entsprechenden Kosten nicht mehr zu – dies umso weniger angesichts der jüngsten rentenpolitischen Entwicklungen. Dadurch steige für ältere Beschäftigte der Anreiz, ihre Lebensarbeitszeit zu verkürzen. Das könne sich das Bankgewerbe nicht leisten.

Hinweis an die Redaktionen:

Die Verhandlungsrunde am 5. Mai 2014 findet statt in der Geschäftsstelle des AGV Banken, Burgstraße 28, 10178 Berlin.

Die Pressestelle der Banken-Arbeitgeber ist am Verhandlungstag erreichbar unter Tel. (030) 16 63-13 01, Mobil (01520) 160 20 72, Fax (030) 59 00 112-79.

Aus Sicherheitsgründen ist für Journalisten und Kamerateams, die vor Ort berichten wollen, eine vorherige Anmeldung notwendig. Bitte wenden Sie sich vorab unter Tel. (030) 59 00 112-70 an die Geschäftsstelle des AGV Banken.

Presseinformation

Berlin,
30. April 2014
Seite 2



Tarifgemeinschaft
Öffentlicher Banken



Arbeitgeberverband
des privaten Bankgewerbes

Der AGV Banken führt die Tarifverhandlungen gemeinsam mit der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken. Die Verhandlungsgemeinschaft vertritt insgesamt rund 220.000 Beschäftigte.

Dem AGV Banken gehören rund 125 Institute (Großbanken, Regionalbanken, Pfandbriefbanken, Spezialbanken, Privatbankiers und Bausparkassen) mit 150.000 Beschäftigten an. Vorsitzender des AGV Banken ist Dr. Stephan Leithner, Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG.

Der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken gehören 50 Mitgliedsinstitute des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) an, unter anderem Landesbanken, Förderinstitute, Bausparkassen und einzelne Sparkassen. Vorsitzender der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken ist Thomas Christian Buchbinder, Vorstandsvorsitzender der SaarLB.

Presseinformation

Berlin,
30. April 2014
Seite 3

Pressekontakt:

Carsten Rogge-Strang
Geschäftsführer im AGV Banken
carsten.rogge-strang@agvbanken.de
Tel. (030) 59 00 112-74

Dominik Lamminger
Pressesprecher beim Bundesverband Öffentlicher Banken
dominik.lamminger@voeb.de
Tel. (030) 81 92-162